

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 888845 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Detlev Samland MdEP
zur Haushaltsentwick-
lung des EG-Finanzmi-
nisterrates: Kürzungen
zu Lasten der Bürger
Europas.

Seite 1

Gerhard Schmid MdEP
zum Mafia-Mord an
Richter Borsellino:
Kampf gegen organi-
siertes Verbrechen ver-
stärken.

Seite 21

Ingomar Hauchler MdB
zum Jahresbericht des
Deutschen Entwick-
lungsdienstes: Partner-
schaft mit Dritter Welt
muß keine Utopie blei-
ben.

Seite 3

Siegfried Virgin MdB zu
kulturellen Einrichtun-
gen in den neuen Bun-
deständern: Kunst und
Kultur als Faktor der
Wirtschaftsförderung.

Seite 4

47. Jahrgang / 140

24. Juli 1992

Rat kürzt Vorentwurf der Kommission dramatisch - zu Lasten der Bürger Europas Haushaltsentscheidung des Rates - Rückfall hinter Maastricht

Von Detlev Samland
Generalberichterstatter für den Haushalt '93 des Europäischen Parlaments

Der Beschluß des EG-Finanzministerrates ist ein Rückfall hinter alle Beschlüsse von Maastricht. Weder der sogenannte Kohäsionsfonds noch die notwendigen Netzwerke im Bereich Verkehr, Energie und Telekommunikation werden finanziell berücksichtigt. Selbst die 1988 beschlossene Verdoppelung der Strukturfonds wird um 300 Millionen ECU reduziert.

Bundesfinanzminister Waigel und seine Kollegen hebeln damit auch den Beschluß von Lissabon aus. Dort hieß es zum Kohäsionsfonds, daß dieser bis zum Frühjahr 1993 eingerichtet sein sollte.

Außerdem hat der Rat die Notwendigkeit der Aufstockung der Forschungsmittel um mindestens 400 Millionen ECU ausgeschlagen.

Damit wird durch den Haushalt verhindert, daß Industriepolitik, so wie in Maastricht vereinbart, möglich wird.

Konsequenterweise hat der Rat deshalb auch die 203 Millionen ECU für das Projekt Hochauflösendes Fernsehen gestrichen.

Und 'last but not least' hat der Rat trotz der Konferenz von Rio die vorgeschlagenen 50 Millionen ECU für den Erhalt der tropischen Regenwälder kurzerhand gestrichen.

Neben diesem Rückfall hinter Maastricht beschneidet der Rat alle die Programme, die unmittelbar den Interessen der Bürger dienen: 50prozentige Kürzung der Ausgaben für den Verbraucherschutz, 16prozentige Kürzung im Bereich Jugend und Ausbildung, 30prozentige Kürzung im Bereich Information (und das nach Dänemark), 15prozentige Kürzung der Ausgaben für den Umweltschutz und 50prozentige Kürzung der Ausgaben für den sozialen Dialog.

Mein Kommentar nach den Konsultationen zwischen Parlament und Ministerrat: Eine Schande für den Rat und ein Rückfall für Europa. Da zeigt sich wo die wahren Bremsklötze Europas hocken - im Finanzministerrat. Doch eines ist klar - diese Rechnung wurde ohne den Wirt - das Parlament gemacht.

(/24. Juli 1992/rs/tr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendeter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Borsellinos Tod gebietet Kampf gegen organisiertes Verbrechen zu verstärken

Von Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Das Ärgste, was dem ermordeten Richter Paolo Borsellino nach seiner Ermordung nun noch passieren könnte, wäre eine Handlungsweise der Verantwortlichen, wie wir sie nur zu gut kennen: Mit dem Sarg werden die Probleme aus dem Blickfeld geräumt, die heißen Schwüre vergessen und die gewöhnlichen Geschäfte wieder aufgenommen. Die gewöhnlichen Geschäfte sind nach dem Eindruck der Öffentlichkeit, daß die Politiker reden, die Bürgerinnen und Bürger Steuern bezahlen, die Geldwäscher Geld waschen und die Mafia mordet. Dabei sollte es so sein, daß die Politiker nicht nur reden, sondern auch handeln und die Bürgerinnen und Bürger angemessene Leistungen für ihre Steuern erhalten, damit die Geldwäscher nicht weiterunter Geld waschen und die Mafia und ihresgleichen nicht nahezu unbehelligt nach Lust und Laune mordet. In Italien, in Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt.

Zuerst muß dem Verbrechen die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden:

- o Mit den Geldwäschern und ihren Helfershelfern muß aufgeräumt werden. Es ist ein Skandal, daß das Ausführungsgesetz zum entsprechenden Rahmengesetz der EG von 1991 erst in der nächsten Woche im Bundestag beraten wird. Deutschland ist inzwischen zur Drehscheibe dieser kriminellen Aktivitäten geworden, weil die Bundesregierung es seelenruhig zuließ, daß sich diese Mächenschaften hierzulande ausbreiteten, nachdem in Italien nicht nur das geforderte Gesetz schnell erlassen, sondern auch streng angewandt wurde.
- o Der Rauschgifthandel muß zerschlagen werden. Nicht indem die Süchtigen verfolgt, sondern die Dealer und ihre Hintermänner aufgespürt werden. Substitute wie Metadon müssen eingesetzt werden, um den Süchtigen zu helfen, aber ebenso, um den Rauschgifthändlern die Kunden zu entziehen.
- o Der Kampf gegen den Subventionsbetrug, eine EG-Spezialität, muß richtig aufgenommen werden. Dafür benötigt die EG eigene Zuständigkeiten, damit sie selbst Fahndungskräfte dort einsetzen kann, wo sie es für geboten hält. Allein die Möglichkeit der Verstrickung nationaler Behörden in die Subventionsschwindeleien macht diese Maßnahme unumgänglich, wenn man dieses kriminelle Geschäftsgebahren unterbinden will.

Die Zusammenarbeit der Ermittler muß international verzahnt werden. Dazu ist notwendig, daß Europol beschleunigt zu einem echten Europa-FBI ausgebaut wird. Das muß der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterstehen. Aber ebenso selbstverständlich braucht es die gesetzliche Basis, verdeckte Ermittlungen auch über Grenzen hinweg führen zu dürfen. Das wäre erfolgreicher, als Indianerspiele wie Lauschangriffe und ähnliches in Deutschland.

Dazu gehört auch, daß Bundesinnenminister SEITERS Abschied von der Idee nimmt, die im EG-Binnenmarkt nicht mehr benötigten Zollbeamten zur Bahnpolizei zu versetzen. Diese hochqualifizierten Menschen müssen Ihre Fahndungserfahrungen entweder in die spezielle Bekämpfung des Drogenhandels einbringen oder an den Außengrenzen der Gemeinschaft den Rauschgiftschmuggel stoppen.

Dieser Artikel erschien in unserem Pressedienst wortgleich am 29. Mai nach dem Tod von Giovanni Falcone; wir wiederholen den Text auf Wunsch des Autors, indem lediglich der Name des neuen Mafia-Opfers Paolo Borsellino eingesetzt wurde. Denn skandalöserweise hat sich seither nichts in der Sache bewegt, dem organisierten Verbrechen das Handwerk zu legen. Entfernt wurde der Absatz: "Das Thema "Organisiertes Verbrechen" gehört auf den nächsten EG-Gipfel am 26./27. Juni in Lissabon. Dort muß Front gegen das organisierte Verbrechen gemacht werden. Nur gemeinsam kann Europa mit diesem Krebsgeschwür fertig werden." Diesem Appell wurde nicht Folge geleistet.

(-/24. Juli 1992/rs/fr)

Partnerschaft mit Dritter Welt muß keine Utopie bleiben
Zum Jahresbericht 1991 des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Angesichts der immer größeren Probleme, die im Nord-Süd-Bereich entstanden sind - Massenarmut und Verelendung, Bevölkerungsexplosion, Zerstörung der Umweltressourcen, sinkende Alphabetisierungsraten und sich verschlechternde Gesundheitsversorgung - kann die Bedeutung, die dem persönlichen Einsatz der Fachkräfte im Entwicklungsdienst für die Lebensbedingungen von Menschen und den Schutz von Ressourcen beizumessen ist, nicht hoch genug geschätzt werden. Sie verdienen unser aller Dank für ihr Engagement.

Seit nahezu dreißig Jahren entsendet der DED als nationaler Fachdienst im Rahmen der personellen Entwicklungszusammenarbeit Entwicklungshelfer/innen in die Dritte Welt. Er arbeitet mit über tausend dieser erfahrenen Fachkräfte in 39 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und betreut in seinen Gastländern schwerpunktmäßig die Programmbereiche technisch-handwerkliche Berufsausbildung, ländliche Entwicklung, Kleingewerbe, Gesundheitswesen und Gemeinwesen.

Diese engagierten Männer und Frauen tragen mit ihrem Einsatz unmittelbar dazu bei, daß sich die Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern verbessern. Die Förderung von Selbsthilfeinitiativen stellt ein wesentliches Element der Arbeit des DED dar und ist ausschlaggebende Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort. Gerade die Zusammenarbeit des DED mit einheimischen Fachkräften ist maßgeblich für die Schaffung von Akzeptanz für Entwicklung, Zusammenarbeit und Modernisierung in der Bevölkerung. Es gilt, das vor Ort vorhandene Know-how einzubeziehen und zu fördern. Der DED trägt mit seinem basisbezogenen und zielgruppenorientierten Ansatz wesentlich dazu bei, daß das Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe in wirkliche Partnerschaft zu verwandeln, keine Utopie bleiben muß.

Der DED ist zu recht stolz auf das, was er erreicht hat. Seine Leistungsfähigkeit darf nicht eingeschränkt werden: Vor fünfzehn Jahren ist er aus übergeordneten politischen Gründen bereits einmal von Bonn nach Berlin umgezogen und hat damit Leistungseinbrüche hinnehmen müssen. Nach gerade wieder erreichter voller Effektivität sehen jetzt die Empfehlungen der Förderalismuskommission vor, die in Berlin angesiedelten drei entwicklungspolitischen Institutionen - DED, DSE und DIE - nach Bonn zu verlagern. So bestechend der Gedanke auch erscheinen mag, in Bonn ein - wie zu hören ist - Nord-Süd-Zentrum zu gründen, muß doch hinterfragt werden, ob eine solche Aktion die bewährten Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht negativ beeinflußt.

Eine wirksame und zukunftsorientierte Entwicklungspolitik muß als Querschnittsaufgabe formuliert sein und sollte nicht abgekoppelt werden von den Bereichen, mit denen sie wechselseitig eng verzahnt ist, das heißt den Bundesministerin für Wirtschaft und Finanzen, dem Auswärtigen Amt, dem Kanzleramt und auch den ausländischen Vertretungen in der Bundesrepublik.

(-/24. Juli 1992/rs/fr)

Kunst und Kultur als Faktor der Wirtschaftsförderung
Erhalt kultureller Einrichtungen in den neuen Ländern ist kein ästhetischer Luxus

Von Siegfried Vergin MdB

Die Gespräche, die ich in den letzten Wochen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit Kommunalpolitikern und -politikerinnen und Kulturschaffenden geführt habe, haben noch einmal deutlich gezeigt, daß die Forderungen der SPD, der neuen Länder und der Kunstverbände gerechtfertigt sind und die Diskussion um den Erhalt der kulturellen Substanz in den neuen Ländern nicht nur eine Diskussion über Kultur und Ästhetik sein darf. Auch wenn Kulturpolitik nicht überwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden darf, sollte dieser Punkt doch mehr beachtet werden, als dies zur Zeit der Fall ist. Die im Haushalt 1993 von der Bundesregierung vorgesehene Reduzierung der Finanzmittel für das Substanzerhaltungs- und Infrastrukturprogramm für die Kultur in den neuen Ländern ist auch wirtschaftspolitisch eine fatale Fehlkalkulation.

Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen haben schon gar Jahren gezeigt, daß unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten Kunst und Kultur keineswegs unrentable Posten sind, die Kosten verursachen aber keinen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Ein vom Bundesministerium des Innern beim IFO-Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegebenes Gutachten, das im Mai 1987 erschienen ist, weist für die alten Länder eindeutige Zahlen aus. Mit 680.000 Beschäftigten (2,7 Prozent aller Erwerbstätigen), einem Beitrag von 40 Milliarden DM zur Bruttowertschöpfung (2,3%) und Investitionen von fünf Milliarden DM (1,4 % der Anlageinvestitionen) ist der Kulturbereich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das genannte Gutachten stellt außerdem fest, daß die staatlichen Einnahmen aus dem Kulturbereich die Ausgaben um das Eineinhalbfache übersteigen.

Hinzu kommt, daß kulturelle Attraktivität einer Region beziehungsweise eines Ortes ein bedeutender Standortfaktor ist, der immer mehr an Bedeutung gewinnt, wie Firmengründungen immer häufiger zeigen.

Die Probleme, die sich aus dem zu befürchtenden Rückgang der ABM-Stellen im Kulturbereich in den neuen Ländern ergeben werden, sind ein weiterer Beleg für die notwendige Verzahnung der kulturpolitischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Argumente.

Der brandenburgische Kultusminister Hinrich Enderlein hat vor wenigen Tagen die Finanzmittel des Bundes für die Kultur in Ostdeutschland als völlig unzureichend kritisiert. Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hat auf die verheerenden Wirkungen auf das Zusammenwachsen der Gesellschaft aufmerksam gemacht, die sich aus der Verminderung der Mittel für die Kultur in den neuen Ländern ergeben.

Betrachtet man all diese Elemente im Zusammenhang, bekommt das böse Wort von der "Sterbehilfe", die die Kulturförderung des Bundes für die neuen Länder bedeutet, eine zusätzliche weitreichende Bedeutung.

(-/24. Juli 1992/rs/tr)
